

2018-11-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 17.10.2018

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:37 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Anwesend: Soll: 50 (ohne NPD-Mandat) Ist: 36

Es fehlten:

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Schlecht-Pesé, André Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Schönau, René Entschuldigt

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland Entschuldigt

Herbst, Gerald Entschuldigt

Kolze, Jens Entschuldigt

Mau, Hans-Joachim Entschuldigt

Schwabe, Jörg Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Sanftenberg, Angela Entschuldigt

Stabbert-Kühl, Sabine Entschuldigt

Fraktion der SPD

Müller, Angela Entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Meier, Klaus Entschuldigt

Palermo, Antonio Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Hunger, Jörg, Dr. Entschuldigt

Theater

Kuras, Peter, Oberbürgermeister Entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die 35. Sitzung des Stadtrates und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfassung des Gremiums mit derzeit 27 stimmberechtigten Mitglieder fest.

Herr Bierbaum, CDU-Fraktion, erscheint zur Sitzung (28).

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2018.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf den Beschluss des Haupt- und Personalausschusses, dass zukünftig gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse Ergebnisniederschriften der Gremiensitzungen gefertigt werden.

Weiterhin informiert er über einen Einspruch eines Bürgers zur Niederschrift am 13.06.2016 hinsichtlich des Datenschutzes. Diese Thematik wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Die Niederschrift vom 05.09.2018 wurde genehmigt (25:00:05).

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Busch, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen und Frau Perl, SPD-Fraktion.(30)

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Mit Beginn des Tagesordnungspunktes ertönt die Alarmanlage. Der Sitzungsraum wird geräumt.

Die Sitzung wird um 16:24 Uhr fortgesetzt

Frau Bürgermeisterin Nußbeck gibt bekannt, dass es sich um einen Fehllarm gehandelt hat und berichtet über wesentliche Angelegenheit der Stadt. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Puttkammer und Herr Rumpf, CDU-Fraktion, Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, Herr Trocha, Freie Fraktion und Herr Präger, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen zur Sitzung. (35)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Frau Bürgermeisterin Nußbeck gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 05.09.2018 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Bürgerin 1 stellt eine Anfrage zur Gleichbehandlung in der Stadt Dessau-Roßlau. Es gibt ein ständiges Ärgernis in der Stadt Dessau-Roßlau bezüglich der schriftlichen Beantwortungen von Anfragen der Einwohner. Ein Bürger hatte angefragt, welche Konsequenzen es hat, wenn Anfragen nicht oder nicht fristgerecht beantwortet werden. Die Antwort vom Referat des Oberbürgermeisters ist erschreckend, da diese die Aussage enthält, dass es im Außenverhältnis keine Konsequenzen hat, wenn sich jemand nicht gemäß der Geschäftsordnung an die vereinbarten Fristen hält. Das ist das Ende der Demokratie in der Stadt Dessau-Roßlau. Der Stadtrat tritt seine eigens gefassten Beschlüsse mit Füßen. In Dessau-Roßlau herrscht demnach ein rechtsfreier Raum. Somit kann der Bürger auch an Abstimmungen, Diskussionen der Beschlüsse teilnehmen und hat keine Konsequenzen zu tragen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, stellt klar, dass sich der Stadtrat eine Geschäftsordnung gegeben hat. Wenn im Einzelfall die Frist nicht eingehalten wird, gibt es dafür keine Sanktionsmöglichkeit.

Bürgerin 1 hatte dieses Thema schon einmal angesprochen und im Nachhinein eine Entschuldigung erhalten, jedoch stand sie im ersten Moment als Lügnerin da.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen antwortet, dass die Bürger regelmäßig die Antworten innerhalb der 6 Wochen erhalten. Wenn das nicht möglich ist, gibt es einen Zwischenbescheid. Dass diese Frist nicht eingehalten wurde, ist eine Ausnahme, wofür sie eine Entschuldigung erhalten hat.

Bürgerin 1 stellt zum Datenschutz in der Stadt Dessau-Roßlau die Frage, wie es möglich ist, dass jemand im Bürgeramt eine Auskunft über persönliche Daten einer anderen Person bekommt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen kann auf so eine allgemeine Anfrage nicht antworten. Es muss genau darlegt werden, welcher Mitarbeiter eine Auskunft über einen Bürger gegeben hat und an wen diese Auskunft gegeben wurde. Da das nicht im öffentlichen Teil des Stadtrates getan werden kann, empfiehlt sie eine schriftliche Darlegung des Sachverhaltes.

Abschließend stellt die **Bürgerin 1** die Frage, warum die Fragen und Antworten aus dem Stadtrat und seiner Ausschüsse erst jetzt auf die Homepage gestellt werden.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen informiert, dass die Adresszeile unkenntlich gemacht wird und das Einstellen der Fragen und Antworten rückwirkend, aufgrund des hohen Aufwandes, nicht möglich ist.

Sie weiß, dass dieses Anliegen für die Bürger und Stadträte wünschenswert war. Nun sollten sich die Bürger und Stadträte darüber freuen, dass es ermöglicht wird.

Bürger 2 verweist auf den § 57 des Kommunalverfassungsgesetzes LSA (KVG LSA). Dieser gibt an, dass der Vorsitzende des Stadtrates die Sitzung des Stadtrates im Rahmen der Geschäftsordnung leitet. Der § 59 des KVG LSA sagt aus, dass die Vertretung mit der Mehrheit der Mitglieder im Rahmen dieses Gesetzes eine Geschäftsordnung zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten gibt. Im § 6 dieser Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse steht, dass der Vorsitzende des Stadtrates die Verhandlung des Stadtrates im Rahmen dieser Geschäftsordnung leitet.

Es sind zwei völlig verschiedene Regelwerke erstellt worden. Ihm ist bekannt, dass im § 28 des KVG LSA steht, dass die Einzelheiten der Einwohnerfragestunde die Hauptsatzung regelt, aber dann muss die Hauptsatzung, wie vorher mit der Geschäftsordnung übereinstimmen. In der Hauptsatzung steht, dass der Bürger sich vorher anmelden muss und in der Geschäftsordnung nicht. In der Hauptsatzung ist eine Begrenzung der Redezeit angegeben und in der Geschäftsordnung nicht. Laut der Geschäftsordnung und dem KVG LSA darf der Bürger sich mit Anregungen und Beschwerden an den Stadtrat wenden und laut Hauptsatzung nicht. **Bürger 2** fragt, wie diese Sitzung geleitet werden kann, ohne mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen.

Die Hauptsatzung ist die höherstehende Satzung und gilt somit auch für die Geschäftsordnung, entgegnete **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

Nachdem **Bürger 2** darauf verwies, dass die Kommunalverfassung LSA über die Hauptsatzung steht, stellt **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen** klar, dass das KVG LSA und die Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau eine Außenwirkung haben. Die Geschäftsordnung hingegen ist die eigene Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse und hat keine Außenwirkung.

Auf die weitere Frage des **Bürgers 2**, weshalb anhand dieser Geschäftsordnung das Verhalten der Bürger vorgeschrieben werden soll, erklärt **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, dass die Regeln für die Einwohnerfragestunde in der Hauptsatzung geregelt sind.

Bürger 2 fragt daraufhin, wie nach der Hauptsatzung verfahren werden kann, obwohl diese nicht veröffentlicht wurde und somit noch nicht in Kraft getreten ist.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sichert eine schriftliche Antwort zu.

Bürger 2 macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung gerade nach der neuen Hauptsatzung geleitet wird. Es wird in diesem Fall etwas umgesetzt, was noch nicht in Kraft getreten ist.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, antwortet, dass die Verwaltung aufgrund der Datenschutzgrundverordnung gezwungen wurde, das Verhalten an bestimmten Stellen zu ändern.

Bürger 2 stellt die Frage, weshalb die Bürger keine Anfragen und Beschwerden mehr vorbringen dürfen. Diese Regelung wurde aus der Hauptsatzung herausgenommen. Er fragt, was das mit der Datenschutzgrundverordnung zu tun hat.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates sichert nochmals eine schriftliche Antwort zu.

Frau Lechler geht auf ihren verteilten offenen Brief ein und merkt an, dass die Hinsdorfer Straße 7 abgerissen wird. Die Argumente, das Gebäude im Ensemble stehen zu lassen und mit einem Fahrstuhl aufzuwerten, wurden nicht akzeptiert.

In der Mitteldeutschen Zeitung stand, dass der Stadtbezirksbeirat beschlossen hat, dass die 5 Punkthochhäuser erhalten bleiben sollen. Sie wurde belehrt, dass der Stadtbezirksbeirat keine Beschlüsse fassen kann. Aus ihrem offenen Brief stellt sie nun die Fragen: Was ist ein Beschluss eines Stadtbezirksbeirates wert? Weshalb ist der Abrissauftrag für die Hinsdorfer Straße 7 bis zum Beschluss des Konzeptes am Leipziger Tor nicht storniert worden? War es Absicht, dass die vorherigen Beschlüsse noch durchgeführt wurden? Was kümmern die Meinungen der Bürger und ihrer Vertreter? War es ein Fehler, dass der Beschluss des Stadtbezirksbeirates nicht umgesetzt wurde?

Außerdem bittet **Frau Lechler** um gründliche Belehrung und Schulung, damit so etwas wie mit der Hinsdorfer Straße 7, nicht noch einmal passiert. Die Verfahrensabläufe sind bei den Bürgern nicht bekannt. Es ist auch nicht bekannt, ob es sich um einen Abriss oder um einen Verkauf handelt. Anfangs waren die Gebäude am Leipziger Tor, Hinsdorfer Straße 7, Radegaster Straße 18 und Friedhofstraße für den Abriss vorgesehen. Dann gab es Interessenten, die diese Häuser erhalten wollten und nun ist immer noch nicht klar, was mit den Gebäuden passieren soll. Sie würde gerne die Verfahrensabläufe kennenlernen, wozu ein Lehrgang durchgeführt werden könnte.

Weiterhin regt **Frau Lechler** bezüglich der Einwohnerfragestunde an, diese, wie in der Stadt Halle, vor der Stadtratssitzung durchzuführen. Die Bürger dürfen sich in Halle zu allen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen äußern. Die Stadträte sollten sich für die Meinungen der Bürger interessieren.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, geht auf das Thema Abriss ein und informiert, dass viele Abrissbeschlüsse bereits vor 3 Jahren im Aufsichtsrat der DWG gefasst wurden. Das hat den Hintergrund, dass es in Dessau-Roßlau eine große Anzahl leerstehender Wohnungen gibt und eine Rücknahme von Wohnungen erfolgen muss. Dies passiert leider immer auf Kosten des kommunalen Unternehmens, da die anderen nur in einem gewissen Maß mitziehen. Wenn keine Wohnungen abgerissen werden, entstehen unbewohnbare Ruinen. Es gibt momentan keine Zuzüge in der Stadt Dessau-Roßlau, die über den Bestand hinausgehen. Nachdem ein Beschluss zum Abriss gefasst wurde, muss mit den dort wohnenden Menschen gesprochen und nachgeschaut werden, welche Wohnungen zur Verfü-

gung stehen und ob bei einem Umzug Unterstützung notwendig ist. Somit ist es normal, dass zwischen dem Beschluss und dem eigentlichen Abriss etliche Zeit vergeht. Im Zusammenhang mit dem Quartierskonzept am Leipziger Tor wurden keine weiteren Abrissbeschlüsse gefasst.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates macht Frau Lechler darauf aufmerksam, dass weitere Anliegen schriftlich an Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, oder an die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH eingereicht werden können.

Herr Ginzkey fragt, weshalb die Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH (DVG) nicht die Straßenbahnlinie 4 wieder in Gang setzen konnte. Die Gleise der Linie 3 waren nur teilweise verschlissen und hätten somit weiter genutzt werden können.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt macht darauf aufmerksam, dass Herr Ginzkey zu seiner bereits am 13.06.2018 gestellten Anfrage, einen Antwortbrief erhalten hat. Die Beantwortung wurde mit dem Fachamt und der DVG abgestimmt. So ist es nicht mehr wirtschaftlich diese Linie weiterzuführen.

Da das Musikzelt auf der Alten Landebahn nur noch bis November betrieben wird, verweist **Herr Ginzkey** darauf, dass das Gebäude „An der Fiene“ zur Diskothek umgestaltet werden könnte. Weiterhin bittet er darum, den beschädigten Sockel sowie zwei beschädigte Treppen in der Peterholzstraße bzw. im südlichen Teil, in der Nähe des Bahnhofes, zu reparieren.

Als Schülerrat des Gymnasiums Philanthropinun stellt **Herr Schmidt** die Frage, ob es möglich ist, den Vorplatz als neues Schulgelände zu erhalten? Der momentane Schulhof ist für 500 Schüler konzipiert. Die aktuelle und jährlich durch größere Klassen steigende Schüleranzahl beträgt 829. Das ist eine Zumutung für die Schüler. Es fehlt ein Platz für Sitzmöglichkeiten, sodass viele Schüler auf einen Steinboden sitzen müssen. Der Schulhof ist durch eine zu hohe Platzeinnahme nicht mehr bespielbar. Es gibt einen Basketballkorb sowie zwei Fußballtore, welche aufgrund der hohen Schüleranzahl und den Fahrradständern nicht genutzt werden können. Die Fahrradständer sind das Hauptproblem, da sie eine Großfläche des Schulhofes einnehmen. Allerdings benötigen auch die Mopeds der Schüler genügend Abstellflächen. Vor ein paar Wochen erhielten einige Schüler einen Strafzettel durch das Parken vor dem Sport- und Kurshaus. Dazu kommt, dass es bereits Vorfälle des Diebstahls gab, welche durch unzureichende Sicherheit ermöglicht wurden. Dieser Platz ist gerade in der Mittagszeit bei vielen Schülern ein anerkannter und sehr gern genutzter Aufenthaltsort geworden. Des Weiteren stellte die Schulleiterin von einigen Wochen eine Anfrage zu diesem Platz, erhielt allerdings keine Antwort.

Daher stellt sich die Frage, welche Leistungen erbracht werden können, um diesen Vorgang zu beschleunigen. Die Schüler sind sich bewusst, dass der Haushaltsplan für nächstes Jahr erarbeitet wird und aus diesem Grund wird das Thema genau jetzt angesprochen. Er richtet seinen Appell an die Fraktionen, sich eine Meinung zu bilden und die Bitte entgegenzunehmen. Die Schüler sind die Zukunft und die Jugend von Dessau-Roßlau. Die Stadt Dessau-Roßlau ist demografisch gesehen, einer der ältesten Städte Europas und ist bei der Jugend mit der Errichtung des Musikzeltes an der Alten Landebahn eine anerkanntere Ortschaft geworden.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates schlägt vor, einen Termin mit Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, zu vereinbaren und dies detailliert zu beraten.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt stimmt dem zu und wird Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung mit einbeziehen.

Herr Förster, Vorsitzender des Wallwitzburg Dessau e. V. informiert, dass der Verein seit 2010 Pächter der Wallwitzburg ist und diese rekonstruieren will.

Nach der Ruinensicherung und Begehbarmachung des Gebäudes durch die Stadt Dessau im Jahr 2006 konnte 2011 der Erker und das Turmzimmer der Miniaturburg wiedererrichtet werden. Seitdem ist die Wallwitzburg wieder eine feste Adresse für Wanderer, Ausflügler und Fernradfahrer im Georgengarten. Es gibt heiße und kalte Getränke passend zur Jahreszeit. Die Burg wird durch Ehrenamtliche betreut und ist täglich geöffnet. Jährlich hat sie 15.000 bis 20.000 Besucher. Zum Vergleich hat die Gemäldegalerie zu den Öffnungszeiten 5.000 Besucher im Jahr. Zudem pflegt der Verein seit 2014 die umliegende Parkanlage sowie die dortigen LHW-Deiche durch Beweidung mit Schafe und Ziegen. Sie engagieren sich für eine nachhaltige und ganzjährige Nutzung der Burg, damit diese nicht dem häufigen Vandalismus zum Opfer fällt. Zudem möchten sie das Gelände durch kleine Veranstaltungen beleben. Der historische Treppenturm soll wieder aufgebaut werden, was auch Inhalt des Pachtvertrages ist. Jedoch gehört zu einem solchen Einzeldenkmal auch eine nachhaltige Nutzung. Aus diesem Grund soll der Treppenturm einen kleinen öffentlichen Sanitärbereich für Burgbesucher und Ehrenamtliche erhalten. Dazu wurde der erste Antrag 2010 gestellt. Das Burgzimmer soll zudem temperiert werden, um einen Aufenthalt in der kühlen Jahreszeit ohne Erkältungsrisiko zu gewährleisten und damit die Getränke nicht einfrieren. Sie haben allerdings das Gefühl, dass sie von der Stadt Dessau-Roßlau als Eigentümer der Burg nicht ausreichend unterstützt werden. Statt eines konstruktiven Miteinanders gibt es immer wieder Unstimmigkeiten. Kleinigkeiten, wie die Beseitigung von Vandalismusschäden nach Einbruch, ziehen sich weit über ein Jahr hin oder werden geleugnet. Nach 8 Monaten gab es erst eine Antwort auf eine Nachfrage bei Frau Trute. Das Thema Trinkwasser und Beheizung ist seit 2010 ungelöst. Das ist zermürend und demotivierend. Wenn auf die Fertigstellung von Maßnahmen gedrängt wird, wird das als Befindlichkeit bezeichnet. Sein Engagement wird von Herrn Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, als Kapriolen bezeichnet und Herr Seelmann, Mitarbeiter des Zentralen Gebäudemanagements, merkte an, dass er sich nicht mehr mit Herrn Förster alleine vor Ort treffen wird. Das Amt für zentrales Gebäudemanagement erfüllt somit die Funktion als Verpächter nicht mehr und es wird ein anderer Ansprechpartner benötigt. Es sollte im Interesse der Stadt Dessau-Roßlau sein, dass die Wallwitzburg für Touristen und Besucher nutzbar bleibt. Daher bitten Sie um zeitnahe Absprachen, eine wohlwollende Prüfung und Genehmigung der Pläne.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates dankt Herrn Förster für seine jahrelange ehrenamtliche Arbeit und bittet ihn, mit Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, einen Termin zu finden, um einen Arbeitsplan zu erarbeiten.

Herr Förster sollte aber umgänglich mit den Mitarbeitern der Stadtverwaltung umzugehen.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Hofmeister, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen zur Sitzung. (36)

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Maßnahmen zum Jubiläum " 100 Jahre Bauhaus - 2019"

Vorlage: IV/049/2018/IV

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erläutert die vorliegende Informationsvorlage und übergibt anschließend das Wort an Frau Dr. Perren, Direktorin der Stiftung Bauhaus. Anhand einer Power-Point-Präsentation legt sie die Aktivitäten der Stiftung unter dem Titel „100 Jahre Bauhaus“, dar (siehe Anlage 2 der Niederschrift). Zum Thema „Gemeinsamer Aufbruch in die Moderne“ macht die Geschäftsführerin der Stadtmarketinggesellschaft, Frau Lange, Ausführungen. Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Herr Mrosek, AfD, kritisiert das geplante Auftreten der linksextremen Band „Feine Sahne Fischfilet“ am 06.11.2018 im Bauhaus und bat darum, diesen Auftritt zu überdenken.

Frau Dr. Perren erwidert, dass sie über die Entscheidung des ZDF, was die Programmhoheit über die Konzertreihe hat, auch überrascht war und das ebenfalls nicht nachvollziehen kann. Momentan ist sie in einer Abstimmung mit dem Land und dem ZDF, wie dieses Konzert zurückgenommen werden kann.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezieht sich auf das von der Stadtmarketing GmbH entwickelte Logo und bemerkt, dass die Stadträte darüber nachdenken sollten, ob dieses Logo für die gesamte Stadt Verwendung finden kann.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, verließ zu Beginn des Tagesordnungspunktes die Sitzung. (35)

Um 18.10 Uhr wird eine 30-minütige Pause durchgeführt.

6.2 Ausführungen zum Haushalt durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck

Die von **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** getätigten Ausführungen zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2019 sind der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

6.3 Informationsvorlage Stand der Umsetzung der FV/006/2018/CDU „Einführung Ehrenamtskarte“

Vorlage: IV/043/2018/I-OB

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2017 Vorlage: IV/027/2018/II-10

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.5 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Hernig, Freie Fraktion, gibt zur Kenntnis, dass die Freie Fraktion Dessau-Roßlau eine Veranstaltung mit Bürgerfragestunde zum Thema „Demokratie gestern, heute und morgen“ angekündigt hatte. Diese Veranstaltung muss aufgrund der fehlenden Stellungnahmen wahrscheinlich auf Anfang 2019 verschoben werden.

Weiterhin bezieht er sich auf das konstruktive Arbeitsgespräch der Fraktionsvorsitzenden zum Thema Zukunftskonferenz, in der Meinungen ausgetauscht und Änderungen besprochen wurden. Enttäuscht ist er jedoch vom Umgang mit der Beschlussvorlage, da diese nicht mit seiner Fraktion diskutiert wurde. Es kann nicht sein, dass ohne seine Fraktion entschieden wird.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen bedankt sich bei der Verwaltung, dass seine Anregung, den Haushalt dieses Jahr noch zu beschließen, umgesetzt wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke informiert über das traditionelle Andenken zur Pogromnacht am 09.11.2018. Es gibt eine Kooperation der Stadt Dessau-Roßlau und dem Interessengemeinschaftsprojekt, das sich seit 25 Jahren „Lieder gegen das Vergessen“ nennt und maßgeblich durch Jugendliche der Gymnasien der Stadt gestaltet wird. Das Projekt wird begleitet durch Frau Müller aus dem Projektkreis des Gedenkens der Stadt Dessau-Roßlau.

Herr Glathe, Fraktion CDU erinnert an seine Anfragen in einer Stadtratssitzung zur Regenbogenschule. Der zuständige Beigeordnete Herr Krause hat versprochen, dass ein Container zum Ende des ersten Schulhalbjahres 2019 aufgestellt wird. Momentan hat das nicht den Anschein. Deshalb stellt er erneut die Frage, was getan wird, damit in der Regenbogenschule genügend Platz für die Schüler ist und wann das geschieht.

Weiterhin ging **Herr Glathe** auf eine bereits gestellte Anfrage zur Wildschweinproblematik ein und stellt fest, dass die Stadt Dessau-Roßlau diesbezüglich zu wenig tut. Es gibt jeden Tag neue Beschwerden und die Fraktion der CDU weiß nicht, was sie dem Bürger antworten soll. Die Wildschweine sind auch in Köthen, Zerbst und Wittenberg. Es muss also überregional gehandelt werden. Er fragt, was getan werden kann, damit die Schwarzkittel aus der Stadt endgültig verschwinden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, informiert, dass sich auf die Ausschreibung bezüglich der Container keine Firma beworben hat und nun eine beschränkte Ausschreibung erfolgt. Die Firmen haben im Moment keine Kapazitäten.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, macht deutlich, dass die Antwort bezüglich der Wildschweinproblematik nicht zufriedenstellend sein wird. Es handelt sich dabei um ein deutschlandweites Problem, welches nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Die Wildschweine vermehren sich sehr viel mehr, was auf die langen Sommer und die Landwirtschaft zurückzuführen ist. Mit einer einfachen Bejagung ist dieses Problem nicht mehr zu beherrschen. Das muss überregional als Auftrag empfunden werden, um wirksam handeln zu können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke empfiehlt bezüglich der Wildschweinproblematik ein gemeinschaftliches Handeln des Stadtrates. Die Gesetzgeber müssen an dieser Stelle handeln, da die Situation nicht mehr hinnehmbar ist.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, kann nicht hinnehmen, dass die Bürger diese Stadt nicht mehr lebenswert finden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, hat einen regen Schriftverkehr bezüglich der Straßenzustände in den Dessauer Vororten, wie die Mühlenstraße in Mosigkau. Er bittet um Mitteilung, wann diese Straße saniert wird.

Zum Thema Windmühlen in Mosigkau erinnert er an das Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer-Gartenreich und vor allem an den Natur- und Vogelschutz. Die Helgoländer-Vogelschutzartenliste sollte genutzt werden, um dort handeln zu können. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist geregelt, dass Mosigkau eine Ortsumgehung bekommt. Diesbezüglich sind neue Windmühlen kontraproduktiv.

Hinsichtlich des Pilotprojektes zu neuen Möglichkeiten des Straßenbaus aus Wittenberg bittet Herr Mrosek um einen Zwischenbericht aus Kleinkühnau. Abschließend stellt er die Frage, weshalb die Stadt Dessau-Roßlau keine Möglichkeit zur Umsiedlung der Schwäne im Lorkteich sieht.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, informiert, dass aufgrund des trockenen Sommers die Profilierung der Mühlenstraße noch nicht erfolgen konnte. Es wird eine bestimmte Nässe benötigt, damit die aufgerissenen Schichten sich wieder miteinander verbinden. Die Profilierung wird fortgeführt, sobald die Witterung das zulässt. Aufgrund des langen Sommers gibt es auch einen Profilierungsstau, welchen der Stadtpflegebetrieb aufarbeiten muss. Deshalb bittet er um Verständnis, dass womöglich nicht alle Straßen in diesem Jahr profiliert werden können.

Mit der Wittenberger Bauweise hat man sich intensiv beschäftigt und Rücksprache mit den Wittenberger Kollegen gehalten. Es wurden Schall- und Pegelmessungen durchgeführt, da die Bürger schon einige Hinweise gegeben hatten. Es gibt keine Langzeiterfahrung mit dem Verhalten der Kunststoffteile und dem entstehenden Lärm. Die lose liegenden Steine sind vergleichbar mit einer Kopfsteinpflasterstraße, weshalb sich die Frage stellt, ob das wirklich eine Alternative ist.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, kritisiert die Stadtverwaltung bezüglich der Wildschweinproblematik. Es wurden bereits Abschüsse im Stadtgebiet vollzogen. Mit starken Wildschutzzäunen könnten die Wildschweine ferngehalten werden. Die großen Maisfelder machen eine ordentliche Bejagung nicht mehr möglich.

Ein weiteres Problem ist, dass die Bundesstiftung Umwelt in Großkühnau nur noch einmal im Jahr eine Drückjagd abhält. Die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau hätte mehr Möglichkeiten.

Herr Adamek, Fraktion CDU, merkt an, dass es Probleme mit dem durchführenden Verkehr in Sollnitz gibt. Es gibt Beschwerden der Anwohner bezüglich der LKWs sowie über den Schwerlasttransport. Er fragt, ob es eine Möglichkeit zur Tonnage- und Geschwindigkeitsbegrenzung gibt, oder ob eine Umfahrung möglich ist.

Momentan werden Lösungen geprüft und der Lärm gemessen, erwidert **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**.

7 Beschlussfassungen

7.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2017 Vorlage: BV/205/2018/IV-ATD

Beschluss:

1. Der durch die unabhängige DONAT WP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chemnitzer Straße 48a, 01187 Dresden geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31.12.2017 wird festgestellt.
2. Der Jahresverlust von EUR 392.873,33 wird in Höhe von EUR 129.841,62 (Abschreibungswert Altes Theater) durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage Altes Theater ausgeglichen. Der übersteigende Betrag in Höhe von – EUR 263.031,71 wird durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.
3. Zum Bilanzstichtag 2017 verbleibt ein Verlustvortrag aus Vorjahren in Höhe von EUR 7.124,62. Dieser wird durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.2 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2017 Vorlage: BV/210/2018/IV-ATD

Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2017 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.3 Richtlinie über die bestimmungsgemäße Verwendung von Arbeits-/Fraktionsmitteln der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/045/2018/I-14

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage 2 beigefügte Richtlinie und die als Anlage 3 aufgeführte Auflistung über die bestimmungsgemäße Verwendung von Arbeits-/Fraktionsmitteln der Stadt Dessau-Roßlau

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.4 Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/280/2018/III-83

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärt, dass wichtige Teile im Lärmaktionsplan fehlen, wie zum Beispiel die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Nordmannring-Siedlung. Er bittet die Stadtverwaltung, eine Verkehrsberuhigung durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung in den Nachtstunden herbeizuführen. Weiterhin verweist er auf die fehlende Nordumgehung. Die Stadtverwaltung sollte Möglichkeiten prüfen, um diesen Ringschluss zielorientiert voranzutreiben. Die CDU-Fraktion wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf die schalltechnische Untersuchung der Anlage 3. Hier sind auf der Seite 7 in der Tabelle 1 die verkehrsberuhigenden Maßnahmen für Dessau-Nord aufgeführt. Er bat darum, diese in einer Sitzung des Stadtbezirksbeirates Dessau-Nord zu erläutern. Das wurde von **Frau Schlonski, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt,** zugesagt.

Die **Fraktion Pro Dessau-Roßlau** wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen, weil die oberzentrale Funktion in der Region erhalten werden soll. Das setzt voraus, dass das Zentrum erreichbar gemacht wird, was aber nicht gemacht wird, wenn alle ins Zentrum führenden Straßen auf 30 kmh begrenzt werden. Weiterhin kritisiert er den Abbau der Radwegeschilder.

Frau Storz, 2. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates und Fraktion der SPD, macht auf die Lärmbelästigung durch die A9 an der Ortslage Mildensee aufmerksam. Da Bemühungen seitens der Bürger bei der zuständigen Autobahnverwaltung und dem Zentralbetrieb erfolglos geblieben sind, bittet sie das Fachamt, an die Autobahnverwaltung heranzutreten, um in den nächsten Jahren Möglichkeiten zu schaffen, die für Lärmschutz sorgen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat folgt der Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Stellungnahmen (Anlage 2).
2. Die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Dessau-Roßlau wird in der Fassung vom 24. Juli 2018 (Anlage 3) beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Personen, Vereine und Initiativen, die abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Prüfung ihrer Stellungnahmen zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: 20:15:00

**7.5 Aufhebung des Sperrvermerkes in Höhe von 34.200 € im Jahr 2018 und 48.500 € im Jahr 2019 zur Fortführung der Vereinbarung zur Betreuung einer Jugendbauhütte am Mausoleums-Ensemble
Vorlage: BV/303/2018/IV-41**

Frau Storz, 2. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates und Fraktion der SPD, bezieht sich auf die Betreuung der Jugendbauhütte am Mausoleum-Ensemble und erklärt, dass das Projekt in den einschlägigen Handwerksbetrieben und in den Industrie- und Handwerkskammern mehr bekannt gemacht werden muss. Deshalb regt sie an, dass die internationalen europäischen Kontakte unserer Industrie- und Handelskammern genutzt und in das Projekt einbezogen werden.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes verließ Herr Trocha, Freie Fraktion, die Sitzung. (34)

Beschluss:

Der Sperrvermerk in Höhe von 34.200 € im Jahr 2018 und 48.500 € im Jahr 2019 Produktkonto 52310.5318010 wird aufgehoben und die Mittel zur Fortführung der Vereinbarung zur Betreuung einer Jugendbauhütte am Mausoleums-Ensemble bis 31.08.2019 verwendet.

Abstimmungsergebnis: 34:00:00

**7.6 Verwendung der Fördermittel gemäß Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen (Richtlinie Schulinfrastruktur) RdErl. des MB vom 4.6.2018.
Vorlage: BV/294/2018/V-40**

Beschluss:

1. Die Auswahlkriterien für die Verwendung der Fördermittel werden beschlossen.
2. Die Verwendung der Fördermittel, entsprechend der Richtlinie wird für die Baumaßnahme „Schule an der Muldaue“ – Förderschule für Körperbehinderte, Kreuzbergstraße 200, 06849 Dessau-Roßlau - beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:00

7.7 Umbau mit Erweiterung oder Ersatzneubau der Schule für Körperbehinderte "Schule an der Muldaue" - Ausschreibung von Planungsleistungen
Vorlage: BV/319/2018/V-40

Auf den Hinweis von **Herrn Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Fraktion Die Linke**, eingehend, dass die Fensterfront saniert werden sollte, erklärt **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements**, dass die Sanierung der Sanitäreinrichtungen mehr Geld gekostet hat als angenommen, so dass für den angedachten Beginn der Teilsanierung der Fenster nicht mehr genug Mittel zur Verfügung standen. Diese Maßnahme wird deshalb im nächsten Jahr durchgeführt.

Beschluss:

1. Die erforderlichen Planungsleistungen für den Umbau mit Erweiterung oder einen Ersatzneubau der Körperbehindertenschule an der Muldaue werden gemäß Vergabeverordnung europaweit ausgeschrieben.
2. Zunächst erfolgt die Beauftragung der Phasen 1 bis 3 (Vorplanung und Entwurfsplanung) mit einem geschätzten Honorar von ca. 320.000 €. Im Rahmen der Vorplanung erfolgt ein Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen Umbau mit Erweiterung und einem kompletten Ersatzneubau.
3. Die erforderlichen finanziellen Mittel werden in den Haushalt 2019 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:00

7.8 Weiterführung Schulsozialarbeit
Vorlage: BV/283/2018/UAJP

Nach erfolgter Diskussion wird auf **Antrag** der **CDU-Fraktion** der Beschluss um einen Punkt 3 ergänzt und die eingereichte Anlage 2 der Beschlussvorlage **zusätzlich** beigefügt (dargestellt in der Beschlussvorlage als Anlage 3).

Dieser Antrag wurde mehrheitlich **angenommen** (22:05:07).

Der Antrag von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, auf Vertagung der Vorlage wurde vor dem Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich **abgelehnt** (04:29:01).

Beschluss:

1. Der Stadtrat Dessau-Roßlau spricht sich für die Weiterführung der Schulsozialarbeit in Dessau-Roßlau als Jugendhilfeangebot am Standort Schule aus und fordert eine klare Positionierung für ein Landesprogramm zur Finanzierung der Schulsozialarbeit einschließlich der regionalen und landesweiten Netzwerkstrukturen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Positionspapier an die Landesregierung Sachsen-Anhalt, alle im Landtag Sachsen-Anhalt vertretenen Fraktionen sowie den Landesjugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Soziales und Arbeit zu übermitteln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Landesregierung darauf hinzuwirken, die Schulsozialarbeit auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und eine tragfähige Finanzierungslösung zu finden.

Abstimmungsergebnis: 30:00:04

- 7.9 3. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-2018/19**
Vorlage: BV/306/2018/V-40

Beschlussvorschlag:

Die 3. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-2018/19 wird beschlossen.

1. Gymnasium „Walter Gropius“, Erweiterung auf 5-Zügigkeit
2. Aufheben des Beschlusses DR/BV/034/2012/V-40 / Aufnahmekapazitäten für die Gymnasien in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau,
3. Erhöhung der Kapazitätsgrenze in der Ganztagschule Zoberberg Dessau – Gemeinschaftsschule auf 84 Schülerinnen und Schüler
4. Vorhalten einer Außenstelle der Förderschule für Geistigbehinderte „Regenbogenschule“, in der Grundschule „Friederikenschule – Grundschule“

Abstimmungsergebnis: 34:00:00

Der öffentlich Teil der Sitzung wurde beendet und **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, schließt die Sitzung um 20:37 Uhr.

Dessau-Roßlau, 20.12.18

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer